

Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten?

Präsentation auf der Konferenz "Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft.
Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur.
Potsdam im Dezember 1993

Eine schnelle Antwort auf diese Frage fällt leicht. Die einen werden sagen: Nein! Nein sagen werden beispielsweise die Gründer der DDR-SDP, die später den Kern des Ostteils der SPD bildeten. Nein sagen werden auch die meisten aus den Bürgerbewegungen.

Ja sagen - und zwar als Vorwurf - werden beispielsweise diejenigen in der PDS, die meinen, der Gorbatschowismus und Sozialdemokratismus dieser reformsozialistischen Strömung sei schuld am Untergang der DDR.

Die Reformsozialisten selbst sehen sich im übrigen kaum als Sozialdemokraten.

1. Wer waren die Reformsozialisten?

Als Reformsozialisten, bezogen auf die DDR bzw. Ostdeutschland, bezeichne ich eine politisch begrenz-
bare Gruppe von Parteiintellektuellen im Umfeld der SED. Die meisten waren SED-Mitglieder, einige aus-
geschlossen, nur wenige hatten nie versucht, in die SED zu kommen.

Einem eigenen wissenschaftlichen Konzept¹ folgend, sehe ich die Zugehörigkeit zu einem bestimmten
politischen *Diskurs* als Kriterium dieser Zuordnung an, wobei wir im Umfeld der Staatspartei drei Diskurse
mit differenten politischen Identitäten unterscheiden: den politischen Diskurs der Altkommunisten nach
1945, den der Aufbaugeneration in den späten 50er und den 60er Jahren und den der dritten Generation
von Parteiintellektuellen, den Diskurs der Reformsozialisten, der "Modernisten". Ich unterscheide diesen
Diskurs und die in ihm formierte politische Identität nach folgenden Merkmalen:

1. Der Diskurs der Reformsozialisten konstituierte sich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre um die
Frage nach einer Neubestimmung der *Prinzipien* des Sozialismus und entwickelte zwischen 1985 und
1989 ein Konzept der *Modernisierung* des Sozialismus, auf das ich noch näher eingehen werde.

2. Wie ihre Vorgänger sahen die Reformsozialisten, daß die Realität des DDR-Sozialismus keine Verwirk-
lichung der "Ideale" einer sozialistischen Gesellschaft sein konnte. Im Unterschied zu der vorangegange-
nen "Aufbaugeneration" suchte der reformsozialistische politische Diskurs den Ausweg nicht in der Identi-
tät von "Praktikern", die die Wirklichkeit verändern wollten. Dieser Versuch war mit den Eltern gescheitert.
Die Reformsozialisten gingen im Laufe ihrer politischen Sozialisation zumeist bewußt auf Distanz zu Poli-
tik und Praxis, weil sie auf diesen Feldern keine Möglichkeiten für eine Erneuerung der Gesellschaft oder
des Sozialismus (was zunächst dasselbe schien) sahen. Ihr Ort war daher nicht der Betrieb, nicht die
Kreisparteileitung, nicht der Zirkel schreibender Arbeiter, sondern die Universität oder das Akademieinsti-
tut.

3. Bis 1987 existierten die Reformsozialisten ausschließlich als faktische, aber nicht definitive Kommuni-
kationsgemeinschaft, und ihr politischer Diskurs zog keine scharfen Grenzen zum offiziellen Selbstver-
ständnis der SED. Etwa 1987 und 1988, als die SED-Führung es nicht mehr vermochte, das in der SED
als "Partei neuen Typs" geltende Fraktionsverbot eng zu interpretieren und scharf durchzusetzen, ent-
standen mehrere locker organisierte Gruppen, zumeist unter Nutzung offizieller Gelegenheiten, wie For-
schungsprojekten oder Bildungszirkeln staatlicher Institutionen oder SED-offiziellen Charakters. Beispiele
kenne ich aus Jena, Leipzig, Halle und aus mehreren Instituten der Akademie der Wissenschaften und
der Humboldt-Universität in Berlin.

4. In der "Wende" traten diese Gruppen mit diversen Reformkonzepten auf, vor allem in der ersten Phase.
Unter den Bedingungen einer aktiv werdenden Bürgerbewegung und einer gegen die SED demonstrie-
renden Bevölkerung waren sie innerhalb der SED die Kraft, die die Stabilisierung der Krenz-Führung nach
dem Sturz von Honecker verhindert und den Rücktritt des gesamten Zentralkomitees erzwungen hatte.

5. Nach dem Sturz der SED-Herrschaft zerfiel diese Gruppe. Anlaß war die Frage nach dem Umgang mit
der alten SED und nach den weiteren politischen Optionen. Ein Teil war für die Auflösung der SED und

¹ Das theoretische Modell und erste analytischen Ergebnisse sind dargestellt in: Rainer Land, Ralf Possekel: Namenlose
Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum 1994.

die Gründung einer oder mehrerer neuer politischer Organisationen und Parteien, in denen die verschiedenen und damit auch die eigenen politischen Ideen organisatorisch zum Tragen kommen können. Ein Teil verließ die SED und suchte Anschluß an andere politische Parteien, die Grünen, die SPD, das Bündnis 90. Ein großer Teil übernahm die konzeptionelle und die politische Führung beim Umbau der SED zur PDS.

6. Die politische Identität dieser Gruppe ist geprägt durch zwei sich im Widerstreit befindliche Momente: *Modernismus*, d.h. eine auf die Theorien moderner Gesellschaften verweisende Gesellschaftskonzeption, und *Avantgardismus*, ein politisch aus den kommunistischen Traditionen stammendes Verständnis der eigenen Rolle als Politikakteure.

2. Modernismus und Avantgardismus - die Verbindung des Unvereinbaren in der politischen Identität der Reformsozialisten.

Meine erste These lautet: Die Reformsozialisten haben sich gesellschaftskonzeptionell von einer anti-modernen - anti-kapitalistischen und anti-bürgerlichen kommunistischen Gesellschaftsvorstellung wegbewegt. Sie haben diesen Schritt in Auseinandersetzung mit der Realität und den Folgen einer staatssozialistischen Gegenmoderne vollzogen, deren Scheitern sie nicht mehr primär auf taktische Fehler, nicht auf Unreife der Bedingungen oder Usurpation durch einem dem Sozialismus eigentlich wesensfremden Stalinismus zurückführten, sondern auf die Grundkonstruktion der staatssozialistischen Gesellschaft selbst. Insofern haben sie einen ähnlichen Weg beschritten, wie ihn die Sozialdemokratie in Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung vollzogen hatte - weg von einer anti-kapitalistischen und anti-bürgerlichen Revolutionsvorstellung und hin zu einer reformpolitischen Orientierung, hin zu einem Konzept, das die Reform der Moderne mit den Mitteln der Moderne thematisierte.

Seinem Ursprung nach war die Gesellschaftsvorstellung der kommunistischen Bewegung eine Gegenmoderne - deutlich zu unterscheiden von vor-modern. Marktwirtschaft und Kapitalverwertung, Repräsentation und Gewaltenteilung, politische Freiheit der Person sollten substituiert werden durch Planwirtschaft, Gewalteneinheit und soziale Gebundenheit des Individuums an politisch konstituierte *Gemeinschaften* - Klassen- und Staatsgemeinschaften.² Modernisierung sollte durch die Subsumtion moderner Gesellschaftsapparate unter eine in der Partei realisierte Gemeinschaft nicht schlechweg ausgeschaltet werden, sondern in industriellem und wissenschaftlich-technischem Fortschritt oder auch in der Entwicklung von Bildung, Kultur und auch der Familienformen eine gestaltete, gesteuerte, planmäßige Form annehmen. Genau da aber liegt das Gegenmoderne. An die Stelle autonomer und sich selbst organisierender Systeme tritt eine Meta-Struktur, eine durch die Partei organisierte Klassen- oder Menschengemeinschaft. Entwicklung soll beherrscht werden, aus Spontaneität soll Bewußtheit werden, Freiheit der Person wird substituiert durch die Vormundschaft der Gemeinschaft in Form der als eins agierenden Partei- und Staatsorgane.

Diesem gegenmodernen Gesellschaftsbild entsprach ein avantgardistisches Selbstverständnis der Parteikämpfer. Die eigene Rolle bei der Verwirklichung dieses Gesellschaftsmodells war die von *Vorkämpfern*, also politischen Akteuren, die nicht für ihre eigenen und besonderen Interessen handeln, sondern im Namen eines vorgestellten Gesamtinteresses und im Namen eines höheren Gesamtsubjekts. Sie sehen sich so selbst in der *Hegemonie* gegenüber der eigenen Klasse oder dem Volk, als deren Vormund. Dieses avantgardistische Selbstverständnis bedeutete zwangsläufig die Nichtanerkennung der für modernen Parteienpluralismus und repräsentative Demokratie typischen Gewaltenteilung und des Machtwechsels in der Exekutive. Politische Fragen wurden stets aus einer Akteursperspektive beurteilt, der für modernen Gesellschaften essentielle Wechsel der Perspektiven und die damit verbundene Beobachterperspektive wurden ausgeschlossen, als Abkehr vom Klassenstandpunkt denunziert. Damit aber fehlte dieser

² Ich beziehe mich hier auf die soziologische Unterscheidung von Gesellschaft - konstituiert durch autonomisierte Regulationssysteme, wie Märkte, Rechtssysteme etc. - und Gemeinschaften - konstituiert durch Kooperation und interindividuelle Kommunikation, eine Unterscheidung, die Ruben im Anschluß an Tönnis entwickelt hat. Vergleiche u.a. Ruben in Berliner Debatte INITIAL 3/1993 und 6/1993.

politischen Richtung die Fähigkeit zur *Selbstbeobachtung* als eine für die Moderne entscheidenden Reflexionsform.³

Im politischen Diskurs der Parteintelktuellen im Umfeld der SED wurde das gegenmoderne Gesellschaftskonzept unter dem Druck der praktischen Erfahrungen selbst in Frage gestellt. Schon die Aufbaugeneration stellte in den 60er Jahren die Frage nach der Differenz von Sozialismusideal und Wirklichkeit und suchte mit Reformprojekten, wie dem Neuen ökonomischen System, nach einer anderen Praxis. Der reformsozialistische Diskurs setzt nach der Biermann-Ausbürgerung und dem offensichtlichen Scheitern der anfangs auf Reformen unter Honecker gesetzten Hoffnungen an. Er stellte nicht mehr die Frage der Aufbaugeneration nach Wegen zu einer den Idealen besser entsprechenden Realität, sondern fragte, ob denn die Ideale selbst Ursache der desolaten realsozialistischen Wirklichkeit seien, ob denn der Stalinismus womöglich keine Verirrung, sondern ein in den sozialistischen Konzeptionen selbst angelegter und insofern zwangsläufiger Abweg sei, die eigene häßliche Fratze eines erträumten Paradieses. Der politische Diskurs der 3. Generation fragte daher nicht nach Pragmatik, sondern nach Theorien, und sein Ort waren vorzüglich die Universitäten und die Akademie der Wissenschaften.

Orientierung und Zwiespalt dieser politischen Orientierung wird beispielsweise deutlich, wenn man näher bestimmt, was unter "modernem Sozialismus" eigentlich verstanden werden soll.

Ich meine, "Sozialismus" bedeutete gerade nicht das Moment radikaler Gesellschaftskritik, die es im Kapitalismus und vielleicht mit Abstrichen auch in der BRD bedeutete. "Sozialismus" codierte das Moment des Konsens und der Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte. Wohl schloß dies Veränderung der Verhältnisse in einem evolutionären Sinne ein. Gegenwart war so, wie sie war, nur zu akzeptieren als Bewegung weg von etwas und hin zu einer anderen, erstrebten, kommenden Wirklichkeit. Im Verhältnis der Generationen - Altkommunisten, Aufbaugeneration und SED-Reformer - beinhaltete "Sozialismus" aber auch die Option auf die Macht und den Anspruch der jüngeren Generation auf die Übernahme der Macht aus den Händen der Alten - unter Auslassung der Aufbaugeneration übrigen.

Das wissenschaftlich Interessante und ich denke auch politisch Wichtigere am Projekt "moderner Sozialismus" war nicht der "Sozialismus", sondern das "Moderne". Es codierte zunächst ein dissentes Moment im Verhältnis zur älteren Generation, ganz versteckt, typisch für eine Generation, deren Selbstbild wir an anderer Stelle "konspirativen Avantgardismus" genannt haben⁴. "Modern" sagt immerhin, daß es ein anderer Sozialismus sein soll als der real existierende. Aber wegen des konsenten Evolutionismus blieb es eine Kritik, die den Zukunftsvisionen der älteren Generation von Parteintelktuellen nicht zu widersprechen schien, die man jedenfalls nicht als Widerspruch deuten mußte. Theoretisch aber wird es genau da interessant: Die Evolution des Sozialismus wird als Modernisierung bestimmt, *Sozialismus* - das Projekt der Gegenmoderne per se - und *Moderne* erscheinen in Synthese. Die ganz versteckte Radikalität besteht darin, die Institutionen der Moderne sukzessive wieder einzuführen, zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung zurückzukehren, diese zum Angelpunkt einer Reform des Real-Sozialismus zu machen. Aber zurückzukehren nicht auf dem Wege einer Konterrevolution, sondern auf dem Wege der Evolution der vorgefundenen "sozialistischen Gesellschaft" selbst, auf dem Wege einer kontrollierten, folglich gestalteten, nicht spontanen und die Folgen stets im Griff behaltenden *Einführung* der Institutionen der Moderne. Die Macht selbst sollte Instrument dessen werden, sich dabei aus der Diktatur des Proletariats in eine moderne Verfassungsdemokratie transformierend. Dazu brauchte man die Macht, ihr Sturz lag nicht im Programm. Im Gegenteil, die Partei selbst sollte auch bei ihrer Aufhebung Subjekt bleiben, eine SED-externe Opposition war nicht gewollt, erschien als Behinderung. Ein positives Verhältnis zu Bürgerrechtlern blieb von diesem Selbstverständnis her ausgeschlossen. Zwar akzeptierte man in meinen Kreisen mehr oder weniger deren Kritik an der Realität des Sozialismus und ihre moralischen Gründe. Wir sahen aber keine konzeptionell tragfähigen Alternativen und hielten deren Weg für gefährlich, weil die "Machtfrage" als Invariante für Reformen galt.

Die mit dem "modernen Sozialismus" verbundene subtile Subversion war ganz und gar nicht kompatibel zur Macht- und Staatsferne, zum sich in der Kritik genügenden, gestaltungsfernen Selbstverständnis und

³ "Weisheit ist genau das, was entsteht, wenn Wissen des Wissens, also selbstreferentielles Wissen, auf der Stufe der Beobachtung erster Ordnung entwickelt wird und diese Stufe nicht verläßt." Beobachtung der Beobachtung hingegen ist mit "Weisheitsverlust" verbunden, so Luhmann.
Niklas Luhmann: *Beobachtungen der Moderne*. Opladen 1992. S. 80f, vgl. a. 46.

⁴ Rainer Land; Ralf Possekel: *Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität. Kurzstudie für die KSPW*. 1992.

zum Anti-Evolutionismus der westdeutschen Linken. Während die Westdeutschen über Utopien gesellschaftskritisches Denken legitimierten, war das Konzept des "modernen Sozialismus" praktischer Reformismus, wenn auch kein pragmatischer Tagesreformismus, der temporäre Mißstände technokratisch zu überwinden sucht. Durch eine kontrollierte Wiedereinführung der Institutionen der Moderne wollte man aus einer als grundsätzlich erkannten Sackgasse herauskommen. Damit verbunden war die Vorstellung, auf dem Wege einer machtgeleiteten und konzeptionell bewußt gestalteten Re-Institutionalisierung der Moderne nicht nur die in mühseligen Klassenkämpfen emanzipatorisch durchgesetzten Rückkopplungen und Kontrollmechanismen eines sozialstaatlich und politisch gezähmten Kapitalismus übernehmen zu können, sondern emanzipatorische Gegenmächte und Gegenkräfte bei dieser Gelegenheit noch zu verstärken. Die machtgeleitete Re-Institutionalisierung von Marktwirtschaft, Kapitalverwertung, Parteidemokratie und Rechtsstaat sollte den Westen bei der institutionellen Verankerung emanzipatorischer Prozesse sozusagen überholen.

Das Konzept des "modernen Sozialismus" war alles in allem ein theoretisch fundierter Reformismus, der Lehren aus den Fehlentwicklungen eines ursprünglich als Gegenmoderne konstituierten Sozialismus zu ziehen versuchte. Das war den Beteiligten durchaus klar. Wir haben Sozialismus schließlich als eine durch *Emanzipations- und Partizipationsbewegungen an Lebenswelten der Individuen zurückgebundene Moderne* gedacht und suchten nach dem Weg aus einer realsozialistischen Gesellschaft dahin. Wir glaubten auch, uns dabei mit jenen "evolutionistisch" zu treffen, die einen emanzipatorischen Wandel der westlichen Gesellschaft betrieben, z.B. mit den Grünen oder linken Sozialdemokraten.

Diese Neuorientierung ist nachweisbar in folgenden Debatten:

1. In der Analyse der Ursachen von Stagnation und Scheiterns des "Realsozialismus". Neben der Analyse einzelner Problemfelder kristallisierte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine grundsätzlichere Diagnose von Entwicklungsdefiziten heraus, die, auf eine Rezeption der "Moderne-Theorien" zurückgreifend, zu zeigen versuchte, daß gerade die gegenmoderne Konstruktion einer hypersynchronisierten Gesellschaft nicht funktionieren kann. Michael Brie entwickelte beispielsweise die These vom "Monosubjekt", einer fehlerhaften Sozialismuskonzeption, die Ausdifferenzierung und Autonomie von Subjekten und Interessen ablehnte.⁵
2. In den politökonomischen Analysen wurde versucht, die fehlende Autonomie der Wirtschaftsakteure (Kombinate, Betriebe, Konsumenten) und die grundsätzlichen Mängel einer Koordination über deterministisch funktionierende Planungsadministrationen als Ursache der geringen Innovationsdynamik sozialistischer Planwirtschaften festzumachen. Es ging nicht mehr um das schlechte Funktionieren des Planungs- und Leitungsmechanismus, sondern um die Feststellung zwangsläufiger und systembedingter Fehlleistungen im Vergleich zu den Koordinationsleistungen und -grenzen, die evolvierende Wirtschaftssysteme charakterisieren. Dies ging einher mit einer sich intensivierenden Schumpeterrezeption in einigen Kreisen der sozialökonomisch Interessierten.⁶
3. Die "kommunistische" Vorstellung einer Abschaffung der Märkte, des Geldes, der Kapitalform wurde in den Debatten der späten siebziger und frühen achtziger Jahre zu einer unsinnigen Vorstellung. Märkte und Kapitalverwertung wurden nicht allein als Ausbeutungsformen, sondern ebenso als Bedingungen der Evolution moderner Wirtschaft verstanden. Die Lösung der sozialen Frage im Kapitalismus war nicht auf dem Wege eines Umsturzes, sondern durch reflexive Einbettung ökonomischer Regulation in politische Partizipation zu erreichen.⁷ In diesem Zusammenhang wurden Modelle einer solchen Partizipation bei

⁵ "Die grundlegende Schwäche des Konzepts vom Sozialismus als eines staatlichen Monosubjekts lag in seinem Unvermögen, die entscheidende welthistorische Errungenschaft des Kapitalismus, die ihn zu einer modernen Gesellschaft macht, - das in relativ selbständigen gesellschaftlichen Teilbereichen der Ökonomie, Politik, des Rechts, der Wissenschaft, Bildung u.a. tätige doppelt freie Privatindividuum - dialektisch in der Vorstellung vom Sozialismus aufzuheben ..."
Michael Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus - Thesen in der Diskussion. In: Forschungsprojekt "Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Humboldt-Universität zu Berlin 1988.

⁶ Vgl.: Raj Kollmorgen; Das Schumpeter-Phänomen. In: Berliner Debatte INITIAL 6/1993.

⁷ Diesbezügliche Materialien der Interdisziplinären Forschungsgruppe "Philosophische Probleme der Politischen Ökonomie" und des Lehrstuhls von Hans Wagner an der Humboldt-Universität harren noch der Auswertung. Nach meinen Erinnerungen dürften sowohl die Abkehr von der üblichen Stamokap-Theorie und der Konzeption der "Allgemeinen Krise des Kapitalismus" wie auch eine Neuformulierung der Standpunkte zu Märkten, Preisen, Geld und Kredit als universellen Momenten modernen Wirtschaftens nachweisbar sein. Mitte der achtziger Jahre gab es daraus folgende Versuche, die Seminare der höheren Studienjahre in Politischer Ökonomie nicht mehr nach Kapitalismus und Sozialismus zu trennen, sondern die gemeinsamen Formen der Wirtschaftsregulation in ihren jeweils spezifischen Realisierungsformen zu behandeln. Damit war der Schritt aus

Entstaatlichung der Unternehmen und Überführung in einen öffentlich-rechtlichen Status mit einem Aufsichtsrat mit Öffentlichkeitsbank - entwickelt.⁸

4. In diesem Zusammenhang wird die in der kommunistischen Tradition bislang übliche Ablehnung der Rechtsstaatskonzeption zurückgenommen. Nach langen und zähen Debatten an der Humboldt-Universität und in den Rechtswissenschaften der DDR schreibt Rosi Will 1988 einen Artikel, der 1989 in der Zeitschrift für Philosophie erscheint. Recht war für Kant, den Klassiker der Rechtsstaatstheorie, auch "Freiheit gegen den Staat". In der theoretischen Begründung einer notwendigen Bindung des staatlichen Handelns an Gesetze und einer Unterordnung der politischen Akteure, auch der SED, unter das Recht wird der Abschied von der These des Rechts als Instrument der herrschenden Klasse und des Staates als organisierter Klasse ausgesprochen.⁹ Die für die staatssozialistische Gegenmoderne essentielle Metastruktur, die Verschmelzung der Partei mit dem Staatsapparat und die mit dieser Struktur verbundene Gewalteneinheit, werden verworfen. Als Konsequenz formuliert Rosi Will in der Wende, daß der Schnitt zwischen Partei und Staatsapparat die Grundvoraussetzung für die Gewinnung von Reformfähigkeit ist, weil erst damit die strukturelle Möglichkeit entsteht, eine moderne Partei und einen modernen Staat zu errichten.¹⁰

Mit der Entwicklung solcher Positionen haben die SED-Reformer den gleichen Weg beschritten, den die Sozialdemokratie in ihrer Auseinandersetzung mit einer kommunistischen Interpretation des Marxismus und der Interessen der Arbeiterbewegung vor ihr vollzogen hatte: den Weg aus einer anti-kapitalistischen und anti-bürgerlichen Gesellschaftsvorstellung zu einem Reformkonzept, das die Veränderung der Gesellschaft mit den Mitteln der Moderne selbst zu betreiben sucht, mit Partizipation, politischer Gestaltung, politisch regulierter Marktwirtschaft, sozial ausgleichender Umverteilung usw., mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Natürlich gibt es innerhalb dieser prinzipiellen Parallelität auch Differenzen. Untersucht man die Texte der Reformsozialisten im einzelnen, so kann man sicher konstatieren, daß der Übergang von einer kommunistischen gegenmodernen Gesellschaftskonzeption zu einer modernegebundenen Reformvorstellung nicht vollendet ist, im Detail auch Übergangsvorstellungen zu finden sind, Inkonsistenzen, die man vorwerfen könnte.

Umgekehrt behauptet die an die SPD gerichtete Kritik, sie hätte die Kraft verloren, auf eine grundsätzliche Erneuerung der Moderne zielende Reformen zu erarbeiten und durchzusetzen. Nach ihrer politischen Etablierung mußte die Sozialdemokratie auch Besitzstandsverteidigung für "ihre" Klientel betreiben, sie wurde Interessenpartei. So muß sie normalerweise zugunsten der Interessen ihrer Klientel und gegen einen radikalen Reformismus entscheiden. Diese Bindungen sind ein Teil ihrer Erfolgsgeschichte, die mit dem Verlust wesentlicher Eigenschaften einer radikalen Reformpartei bezahlt werden muß.

Aber so ähnlich die Reformation der Moderne in vielen Positionen gedacht wird, so illusionär war eine Annäherung zwischen Reformsozialisten der SED und Sozialdemokratie in der Wende, und so unvorstellbar ist sie auch heute noch. Dies ist fast allen Akteuren intuitiv klar - schon die Frage danach löst vehemente Abgrenzungsreaktionen auf beiden Seiten aus.

einem formationstheoretisch bornierten Kapitalismusverständnis getan, wenn auch nicht ohne Rückhalte, Absicherungen und Widerstände.

Bei den Versuchen, eine geldtheoretisch fundierte Reproduktionstheorie des Sozialismus zu entwickeln, wurde von Wagner, Mondelaers, Busch u.a. im Unterschied zu dem üblichen Dogma auf moderne Geldtheorien und eine moderne Marxinterpretation zurückgegriffen, ohne die These vom Verschwinden der Ware-Geld-Beziehungen in Naturalbeziehungen für die Zukunft des Kommunismus zu bemühen.

Vgl. auch: Brie, Land, Petsch, Segert, Will: Studie zur Gesellschaftstheorie. Berlin 1989, S. 51f.

⁸ Vgl.: Rainer Land (Hg): Das Umbaupapier. Berlin 1990, S. 90-111

Rainer Land: Ist wirtschaftliche Entwicklung gestaltbar? Zur Besonderheit des Kommunikationsmediums Geld. In: Michael Brie, Dieter Klein: Umbruch zur Moderne? Hamburg 1991.

⁹ Rosemarie Will: Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 9/1989, S. 801ff.

¹⁰ Vgl.: Brie u.a.: Studie zur Gesellschaftstheorie, Kapitel 4.3., bes. S. 78f.

"Daher ist ein Prozeß der Entstaatlichung der Partei, der Trennung der Partei von der direkten Kopplung an den Staatsapparat erforderlich." Es wird der Übergang zu einem Parteienparlament und offenen Wahlen ohne Einheitsliste gefordert: "Für die Wahlen schlagen wir ein Verhältniswahlrecht mit Mindestsatz von 5 Prozent vor." (22.10.1989). Rainer Land, Rosemarie Will, Dieter Segert: Wie wollen wir ... In: Texte zu Politik, Staat, Recht. (Sozialismus in der Diskussion 2. Hg. von Rainer Land und Lutz Kirschner.)

"Die alte Grundkonstruktion der politischen Macht, nach der die SED, d.h. ihr Parteiapparat, auf direktem Wege dem Staatsapparat in nahezu allen Angelegenheiten seinen Willen durch Weisungen aufzwingen konnte, ist aufgebrochen worden. Am 1. Dezember 1989 wurde der Halbsatz von der 'Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei' aus dem Artikel 1 der Verfassung der DDR gestrichen. Mit dem außerordentlichen Parteitag hat die SED-PDS ihre Trennung vom Staat begonnen." Rosemarie Will: Revolution und Verfassung (Dezember 1989), in ebenda, S. 9.

Warum? Zum gegenwärtigen Zustand gehört auch, daß es darüber kaum ein wirkliches Bewußtsein gibt, nicht bei den Sozialdemokraten, die oft die Fassung verlieren, wenn die Gefahr einer inhaltlichen Übereinstimmung mit Reformern aus der ehemaligen SED heraufzieht.¹¹ Umgekehrt gilt Sozialdemokratismus auch in den moderneorientierten Kreisen der Reformsozialisten eher als Schimpfwort.

Meine zweite These lautet daher: Der entscheidende Unterschied zwischen Reformsozialisten und Sozialdemokraten besteht weniger in ihren gesellschaftskonzeptionellen Vorstellungen, er besteht im Selbstverständnis ihrer politischen Rolle. Die Reformsozialisten haben zwar gegenmoderne Gesellschaftskonzeptionen überwunden, sich aber nicht von einer avantgardistischen Selbstdefinition getrennt. Und da diese kaum kritisch hinterfragt, kaum aus einer Beobachterperspektive kontrolliert wird, hat dieser Unterschied kaum rationale, sondern eher mentale Ausdrucksformen.

Die Ende der 70er Jahre noch ohne Zielbewußtheit beginnenden und erst mit Beginn der sowjetischen Perestroika nachhaltiger werdenden Ablösungen von einer gegenmodernen Gesellschaftskonzeption blieben aber zugleich in die Tradition des politischen Diskurses einer kommunistischen Partei eingebunden. Und hier liegen Probleme in zweierlei Hinsicht:

a) Der Schritt zurück zur Moderne war im Prinzip vollzogen, aber nicht konsolidiert, es blieben offene Positionen und Inkonsistenzen. Dies halte ich für wenig schlimm, weil m.E. eben die entscheidenden Fragen zugunsten einer Moderne-Konzeption getan waren.

b) Aber: Die Modernität der Reformvorstellungen blieb gepaart mit einem **avantgardistischen** Selbstverständnis. In diesem Antagonismus von Modernität in den politischen Zielen und avantgardistischer Gegenmodernität im Selbstverständnis sehe ich den eigentlichen Pferdefuß in der politischen Identität der Reformsozialisten.

Ursache für diesen Antagonismus ist die Einbindung in den politischen Diskurs der Parteintelktuellen einer sich an der Macht befindenden kommunistischen Partei. Diese Bindung ist einerseits Voraussetzung der spezifischen Reformperspektive: Re-Institutionalisierung der Moderne ist gedacht aus der Perspektive verantwortlicher Akteure der Macht und steht so im Gegensatz zu der Kritik aus lebensweltlicher Perspektive, wie sie etwa aus den Basisgruppen im Umfeld der evangelischen Kirche kam und die nicht unter dem Selbstzwang stand, Kritik als Institutionenwandel vorstellen zu müssen. Andererseits aber war jener Avantgardismus nicht aufhebbar, solange die Bindung an eine die Macht habende Partei bestehen blieb und der Perspektivwechsel zur Opposition ohne Verzicht auf die eigenen politischen Gestaltungsabsichten undenkbar blieb. Die Option war also eher: Einführung eines modernen politischen Systems mit den Mitteln der Gegenmoderne, Abschaffung der staatssozialistischen Strukturen mittels dieser Strukturen, Beseitigung des Avantgardismus mit eigenem Avantgardismus. Osteuropäische Länder, wie Polen, zeigen, daß bestimmte Teile der ehemals kommunistischen Parteien solche Perspektivwechsel vollzogen haben. Man kann den Reformsozialisten daher nicht vorwerfen, daß sie in dieser nun mal objektiv gegebenen Konstellation agieren mußten. Man kann aber vorhalten, daß sie den Zwiespalt zwischen Modernität und Avantgardismus nicht ins Selbstbewußtsein gelassen, sondern beschwiegen und verdrängt haben.

3. Antagonismen im politischen Verhalten im und nach dem Herbst 89

Der unbewältigte und unreflektierte Gegensatz von Modernität und Avantgardismus ist m.E. die zentrale Ursache für mehrere politische Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen. Schon die Illusion einer Möglichkeit des Sturzes der Politbürokratie aus der SED selbst heraus läßt sich nur aus einer fehlenden Wahrnehmungsperspektive bei wohl tatsächlich fehlender Alternativlosigkeit erklären. Noch deutlicher aber zeigen sich die beschriebenen Dilemmata, betrachtet man den Herbst 89. Für einen Moment sah es damals so aus, als würde die Revolution die Macht in die Hände der SED-Reformer treiben. Sie wollten die SED möglichst von innen und "hintenrum" reformieren, ohne zu viele offene Brüche und vor allem ohne das Risiko, Macht und Staat zu verlieren. Sie selbst waren felsenfest davon überzeugt, daß ihnen die Macht zustand und niemand anderes aus der Misere herausfinden könnte, schließlich hatten sie schon lange über Konzepte für diesen Augenblick nachgedacht. So kompetent sie bis zum Oktober 1989 für die Dimension der Sachprobleme und die Notwendigkeit grundlegender Reformen gewesen waren, so unsensibel bewegten sie sich im Herbst 1989 im Umgang mit der Opposition und mit der demonstrieren-

¹¹ Angelika Barbe, eine der SDP-Gründerinnen, hat z.B. bei einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg im Februar 1993 in ihrer Abgrenzungsnot keinen besseren Weg gewußt als den Vorwurf, ich hätte meine Gedanken nur bei anderen abgeschrieben - womöglich bei ihr. Dies codiert inhaltliche Nähe bei gleichzeitiger Feindschaft.

den Bevölkerung. Wieder gerieten die Reformer in ein *Dilemma*: Einerseits erkannten sie durchaus die Notwendigkeit, spätestens am 4.11.1989 den Bruch mit der SED-Führung unter Krenz zu vollziehen, mit dem Machtapparat der Partei, mit einer überlebten Sozialismuskonzeption und einer prinzipienlosen Politikpragmatik - auch und gerade der Modrow-Regierung. Dementgegen standen andererseits aber ihr Selbstverständnis und ihre kulturellen Bindungen an Macht, Apparat, Mission, Avantgardismus. Auch wenn bei Begründungen für eine weitere Bindung an die SED immer "rational" argumentiert wurde, waren sie nicht bloß Ausdruck kühler Kalkulation der Vorteile von Apparaten im Machtkampf. Vielmehr verrieten sie die Mächtigkeit irrational gewordener Sentimentalitäten - nur dies erklärt, warum Modrow mit seiner "Geheim"-Rede auf dem Dezember-Parteitag die Auflösung der SED verhindern konnte, warum sich keine selbständigen neuen Organisationen bildeten und die Unselbständigkeit programmatisch unvereinbarer Strömungen, Generationen und Identitäten in dem Unternehmen "SED-PDS" erneut zementiert wurde. Nur mit einer Distanzierung von der eigenen kulturellen Identität hätte eine Abspaltung des Reformerflügels von der SED erfolgen können, wäre autonome Handlungsfähigkeit gewonnen und eigene Politik praktikierbar geworden. So aber machten die Reformer zwar die Programmatik, die dankenswert als Fassade angenommen wurde - die Politik aber blieb in den Händen programmloser Alt-Bürokraten mit einem moralisierenden Pragmatiker als Regierungschef.

Nicht rational zu kalkulierende Programmpunkte und Taktiken, sondern kulturelle Identitäten verhinderten, daß sich die SED-Reformer schnell und deutlich genug von der alten SED und den gescheiterten Idolen lösten. Sie haben ihren Hegemonialanspruch nicht zeitig genug über Bord geworfen, konnten daher kein akzeptabler Partner der Bürgerbewegungen werden: Die Unentschlossenheit, Krenz nach dem 4.11. sofort zum Rücktritt zu zwingen und die SED zu spalten. Die Bildung der Modrow-Regierung ohne Vertreter der Bürgerbewegungen. Auf der Straße eine Revolution und das Parlament zu Hause vor den Fernsehapparaten. Das Lavieren von Modrow und seiner Regierung gegenüber dem runden Tisch.

Anfängliche *Bündnisse zwischen SED-Reformern und Bürgerbewegungen* funktionierten vor und bei Beginn der Wende nur, solange es um die Demontage des Honecker-Regimes ging, als man Krenz auflaufen ließ und mit Abstrichen bei der Demontage des Medienmonopols der SED. Aber die Übereinstimmungen reichten nicht für wirkliche Kooperation, die immer mit dem Hegemonialanspruch der SED-Reformer kollidierte. Ebenso wenig waren die Bürgerbewegungen (einschließlich der frühen SDP) zu einer kooperativen Politik gegenüber dem Reformerflügel der SED imstande. Sie wollten es ohne "Belastete" schaffen. Die Differenzierung zwischen der alten reformunwilligen SED und den möglicherweise davon zu unterscheidenden Reformerkreisen blieb politisch bedeutungslos. Reformer aus der SED wurden allenfalls als Individuen akzeptiert: "Tretet dort aus und bei uns ein" - war das Angebot, das immer an einzelne gerichtet war, nicht an die politische Gruppierung. In den Ohren der SED-Reformer klang es "Gebt Euch, Euer Gewordensein, eure Ideale auf und nehmt unsere an". Nur wenige haben das getan.

Die SED-Reformergeneration hatte 1989 zwar den "Dialog" mit der Bürgerbewegung gesucht, ohne aber jemals die Option einer echten Machtteilung zu akzeptieren. Das betrifft das Verhalten der Modrow-Regierung sowie vor allem die Entscheidung, die SED nicht aufzulösen, sich auch nicht von ihr abzuspalten, sondern sie zur PDS zu reorganisieren. Damit aber wurde das Entstehen einer neuartigen politischen Kräftekonstellation, in der niemand mehr eine alles erdrückende SED fürchten mußte, verhindert. Die Tatsache, daß sich viele kritisch eingestellte SED-Mitglieder in den Dienst der Reorganisation dieser Partei stellten, steigerte noch das Mißtrauen, das die sich gerade erst bildenden politischen Kräfte angesichts dieser Riesenpartei und ihrer Apparate empfinden mußten. War doch zu befürchten, daß die SED mit ein paar intelligenten Reformthesen à la Gorbatschow die noch junge Opposition an die Wand drücken würde. Die SED-Reformer dachten jedoch nicht aus diesem Blickwinkel. Sie wollten die SED möglichst von innen und "hintenrum" reformieren, ohne allzu viele offene Brüche und vor allem ohne die Macht und den Staat zu riskieren. Schließlich war ja gerade die Option auf die Macht in den Jahren vor der Wende die ultima ratio für ihr Verbleiben in der Partei. Sie fühlten ihre Stunde gekommen, um ihr gesellschaftstheoretisches know-how und ihre Intimität mit der Macht gegen die bereichsspezifische Inkompetenz der bis dahin marginalisierten Intellektuellen auszuspielen.

Die beiden Intellektuellengruppierungen hatten in politisch-programmatischer Hinsicht durchaus keine unvereinbaren Vorstellungen. Aber die programmatischen Ziele bildeten nur das Medium, in dem beide Gruppen versuchten, ihren Diskurs zum gesellschaftlich maßgeblichen zu machen. Die kulturellen Identitäten waren *unversöhnlich*, die entgegenstehenden Verhaltensmuster saßen zu tief und zu fest. Man tolerierte und akzeptierte den anderen nicht als gleich. Die einen litten an ihrem Avantgardismus und Hegemonialanspruch, die anderen sahen nur Belastete, unmoralische Machtdiener, die nicht bereit waren, reuevoll die Bühne zu verlassen oder unter fremder Flagge weiterzuspielen.

Das kulturell unterschiedliche Verhältnis zu Staat und Macht, zu Staatsapparaten (Armee, Geheimdienst, Planungsbürokratie) trennte Ex-SED-Reformer und Bürgerrechtsbewegte. Die SED-Reformer suchten nach einer praktischen Strategie für die Erhaltung bzw. Herstellung funktionsfähiger Staats- und Wirtschaftsstrukturen und ließen dabei die notwendige diskursive Einbindung der auf der Straße *demonstrierenden* Bürger in eine für sie nachvollziehbare Perspektive außer acht. Den Verlust ihrer hegemonialen Position fürchteten sie schon, sahen aber nur die Gefahr sachlicher Inkompetenz und nicht die des Legitimationsentzugs. Die Bürgerbewegungen mit dem kulturellen Hintergrund des vom Staatssozialismus der DDR marginalisierten Intellektuellen hingegen waren außerstande, den Standpunkt der Gesellschaftsmaschinerie, der Apparate zu denken und zu fragen: Wie kann positiv eine unseren Vorstellungen entsprechende *Rekonstruktion der Macht* aussehen? Die Rekonstruktion der Macht kam in ihrem Kulturverständnis nicht vor.

Diese Defizite wurden nicht durch eine Kooperation beider Bewegungen kompensiert, eine für die Bevölkerung auf der Straße akzeptable Reformalternative mit integrativem Gehalt kam nicht zustande, die DDR wurde politisch nicht wieder handlungsfähig. Ohne eine von innen her legitimierte Macht ließ sich weder ein selbstbestimmter Weg finden, noch konnten die Interessen der DDR-Bevölkerung bei der Vereinigung mit der westdeutschen Bundesrepublik geltend gemacht werden. Stattdessen vertraten im Vereinigungsprozeß West-Parteien (mit kleinen Ost-Komponenten) *beide* Seiten - DDR und BRD -, und die originären Bewegungen der DDR blieben nicht nur in der Minderheit, sie blockierten sich auch gegenseitig.

Diese Geschichte findet ihre Fortsetzung bis heute. Unter den SED-Reformern vollzog sich die Auseinandersetzung um eine eigene politische Zukunft als Debatte für und wider die Reformierung oder Auflösung der SED. Ein relativ kleiner Teil des Reformerkreises verschwand mit der Austrittswelle zwischen Dezember und März, und nur sehr wenige haben eigene Organisationsformen versucht. Die meisten Aktivisten entschieden sich im Januar/Februar 1990 wohl für das Projekt "PDS", in der das Dilemma des Reformerkreises der SED wieder nicht aufgelöst, sondern erneut eingefroren wurde. Viele traten zwar im Folgejahr doch aus, blieben aber ohne relevante Möglichkeiten, sich politisch in einer Weise zu organisieren, die ihnen statt Verdrängung einen reflektierten Umgang mit der eigenen kulturellen Identität ermöglichen würde.

Ein relativ starker und kompetenter Teil übernahm die Führung bei der Reformierung der SED zur PDS. Im Moment der Chance für eine eigenständige Reformpartei wurde nicht die Befreiung der Modernität aus den Fesseln des Avantgardismus gewählt. In einer nun gänzlich paradoxen Handlungsfigur eroberte man - als eine Minderheit - die programmatische Hegemonie beim Umbau der SED zur PDS. Jetzt, wo Modernität vom Avantgardismus zu befreien gewesen wäre, machten sie sich zur Avantgarde! Wobei eigentlich? Bei der Einführung der Moderne in der gegenmodernen ehemaligen Staatspartei. Der Salto ist vollendet: Erst die Modernität der dritten Generation vom Avantgardismus der Alten gefesselt, dann der Avantgardismus der jüngeren Generation zur Fesselung der Gegenmodernität der Alten. Man kann voneinander nicht lassen. Statt politischer Selbständigkeit - Flucht in die alten vormundschaftlichen Bindungen, nur daß man selbst in die Rolle des Hegemons rückt. Die Reformsozialisten vollziehen an der PDS, was sie eigentlich an der DDR hätten vollziehen wollen: die Umbildung eines totalitären Systems in ein demokratisches - und zwar mit hegemonialen Mitteln.

Fraglich dabei bleibt, ob es nicht doch zum offenen Machtkampf der Fraktionen kommen wird. Solange keine Macht auszuüben und nur eine neue theoretisch-programmatische Orientierung zu gewinnen war, solange ließ man die Reformsozialisten machen. Hier und da erscheint eine Ideologie, die die antikomunistische Kontinuität verantwortlich für den Zusammenbruch der DDR und die Zustände heute macht und die allenfalls taktische Fehler der kommunistischen Bewegung zugibt. Gorbatschowismus als moderne Art des Revisionismus und der antikomunistischen Verschwörung seien für den Untergang des Sozialismus verantwortlich. Michael Brie hält zwar dagegen.¹² Aber wird man es schaffen, das Sagen auch dann zu behalten, wenn sich Krisen zuspitzen und die PDS von den Wählern politische Macht auf kommunaler Ebene oder darüber hinaus erhält?

Neben den um programmatische Hegemonie kämpfenden Flügeln - den staatssozialistisch oder traditionell kommunistisch Gesinnten und den Reformsozialisten - gibt es eine Majorität unideologischer politischer Pragmatiker mit Hang zum Opportunismus. Wohin werden sie im Zweifel kippen?

¹² Vgl: Ellen Brombacher, Rolf Priemer, Heinz Stehr, Sahra Wagenknecht: Zu Aspekten des modernen Antikommunismus. Neues Deutschland (ND) v. 25.10.1993.

Heinz Jung: Neudenken - zum flattrigen Zeitgeist. Gorbatschowismus. ND v. 4./5. 12.1993.

Michael Brie: Neudenken: Gegen die unbelehrbare Wissenheit mancher Zeitgenossen. War der Sozialismus 89 noch verteidigungswert? ND v. 11/12.12.1993.

Helmut Bleiber: Versagen oder Sackgasse von vornherein? ND vom 26/27.2.1994.

Das eigentliche Hauptproblem der Fesselung der Reformsozialisten an ihre eigenen Identitätsantagonismen sehe ich in dem konzeptionellen Verlust für eine künftige Reformdebatte. Sie waren eine der wenigen Gruppierungen, die die Erfahrungen des Realsozialismus analytisch zu verarbeiten suchten und daraus Vorstellungen für die Reformierung der Moderne abzuleiten versuchten. Für die Gewinnung an Reflexivität wären diese Erfahrungen und Ansätze eigentlich nötig. Dazu müßten diese Vorstellungen diskursiv verbunden werden mit der Perspektive der marginalisierten Opposition außerhalb der SED, also vor allem der Bürgerbewegungen, und den Perspektiven der Reformkräfte des Westens. Die aus den Vorgeschichten resultierenden gegenseitigen Abgrenzungen und die durch die Konstellation heute wiedergewonnenen Abgrenzungen machen diesen Diskurs unmöglich und diskreditieren schon den Versuch.

Die Verarbeitung der realsozialistischen Erfahrungen allein aus der Außensicht der Westler oder allein aus der Perspektive der Opfer des staatssozialistischen Systems führt zu neuen Idolen. Neue Perspektiven erfordern den Diskurs mit denen, die mit dem Sozialismus emanzipatorische Erwartungen verbanden, sich für seine Verbesserung mühten - auch unter den Altkommunisten oder in der DDR-Aufbaugeneration. Nötig wäre auch, jene Vorstellungen einzubringen, die realsozialistische Erfahrungen zu einem Programm der Reinstitutionalisierung und Reformierung der Moderne verarbeiteten, weil sie Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Boden staatssozialistischer Strukturen nicht mehr sahen. Ich meine, mit dem heutigen Ergebnis - ein Teil zerstreut, der andere Teil gefangen in einer selbstdefinierten Führung bei der Modernisierung einer avantgardistischen Partei - ist eine eigene Stimme im Diskurs um die Reformation der Moderne nicht zu erwarten.

Die Möglichkeiten für einen solchen Diskurs sind aber m.E. verspielt. Schuld dafür besteht, und zwar auf mehreren Seiten. Den Reformsozialisten selbst fehlt nach wie vor die Auseinandersetzung mit dem eigenen Avantgardismus und Vehemenz in der Auseinandersetzung mit den Folgen dieses Phänomens. Es gibt eine einfache Probe: Wann beginnt eine offensive Auseinandersetzung mit den bürokratischen Versuchen der Macht-Usurpation von Teilen des Staats- und besonders des Wirtschaftsapparates unter der Modrow-Regierung? Schon im Herbst 89 war Kritik an Modrow und Luft ungeduldet und blieb ungehört. Wann kommt es zu einer deutlichen Auseinandersetzung mit den alten gegenmodernen Gesellschaftsvorstellungen anderer Fraktionen der PDS, die mit einem reformsozialistischen Programm eben nicht kompatibel sind?

Solche Auseinandersetzungen könnten nach meinem Verständnis nur mit Trennungen enden: Entweder trennen sich die anderen Teile der PDS von der kommunistischen Gegenmoderne - was unwahrscheinlich ist. Oder die Reformsozialisten trennen sich endlich von anderen Fraktionen der PDS. Immerhin hat Bisky es kurz nach den für die PDS so erfolgreichen Brandenburger Kommunalwahlen für nötig befunden, mitzuteilen, daß er zurücktreten wird, wenn die DDR-Nostalgie in der PDS die Oberhand gewinnen sollte.

Ich sehe eine Selbstblockade im politischen Bewußtsein der ehemaligen SED-Reformsozialisten, aber ich sehe Analoges auch im Diskurs der Bürgerbewegung, der den Schritt aus einer Gegenmacht zu einer Gestaltungsmacht gedanklich nicht zu vollziehen vermag. Aus Gründen, die darzulegen hier nicht mein Gegenstand sind, kommt es nicht zu dem Perspektivwechsel aus der Sicht des anklagenden und sich womöglich auch wehrenden Unterdrückten, aus der Sicht des Opfers, zu der des Gestaltenden, - eine Perspektive, die den Standpunkt der Machtausübung nicht auf Dauer ausschließen kann. Dies aber geschieht, wenn Macht schlechthin mit Täterschaft identifiziert bleibt.

Moralischer Anspruch und praktische Kompetenz divergieren, was erklärlich und nicht vorwerfbar ist. Aber auch hier werden historisch bedingte Antagonismen kultiviert - wir sind moralisch, weil wir den Standpunkt der Macht verwerfen, unsere Moral erfordert Inkompetenz.

Heute sind Bedingungen für einen verschiedene Perspektiven in der Auseinandersetzung verbindenden Reformdiskurs nach meiner Einschätzung nicht mehr gegeben und auch nicht mehr herstellbar. Die alten Diskurse werden sich selbstreferenziell fortsetzen und dabei verhärten. Neue Diskurse werden aus den alten oder einer Verbindung der Diskurse von Bürgerbewegungen, Reformsozialisten und westdeutschen Reformströmungen kaum entstehen. Für diese Annahme spricht, daß die Bindekraft der bestehenden politischen Identitäten für die junge Generation ganz gering ist. Abgesehen von einem problematischen rechten Diskurs, den ich in seinen Perspektiven nicht so recht einzuschätzen vermag, verzichtet die Generation der 20- bis 30jährigen vorläufig auf gemeinschaftliche politische Identitäten - natürlich nicht auf individuelle soziale oder moralische Orientierungen. Das diffuse Bild politischer Bewußtseinsbildung spricht eher für Abwendung von alten Diskursen, für Öffnung und für Suche. Möglicherweise wird es so

bald keine klar strukturierten politischen Diskurse in der jüngeren Generation geben. Werden sich früher oder später neue, sich selbst differenzierende und autogenerativ strukturierende politische Diskurse bilden? Möglicherweise um die Fragen der Bewältigung globaler oder lokaler Krisen? Vielleicht. Wenn dies geschieht, das jedenfalls ist meine Überzeugung, wird ein guter Teil der jetzt noch in den alten politischen Diskursen gebundenen, aber zugleich unbefriedigten Leute zu diesen neuen Diskursen wechseln, die alten Denkmuster über Bord werfend - ohne ihnen eine Träne nachzuweinen. Aber, solange es keine neuen Gedanken gibt, muß man die ungeliebten alten weiterdenken.